

westfälischen Landkreise mit mehr als 70 % evangelischer Bevölkerung dagegen hat nur einen Verlust von 0,8 % für die CDU aufzuweisen, weil die FDP-Verluste von 3,7 % neben 2,8 % für die SPD wohl auch der CDU zufielen. Der CDU-Landesverband Rheinland meint, „bei einer Zerteilung des Bundesgebietes nach dem Stärkeverhältnis der Konfessionen ergibt sich ein CDU-Verlust von minus 2,5 % in den stärker katholischen Gebieten, dagegen nur ein Verlust von 0,5 % in den protestantischen Gebieten“. Es wird aber auch hier hinzugefügt, daß bei den *kirchlich gebundenen Wählern* die SPD keine nennenswerten Fortschritte erzielen konnte. Die katholischen Wähler mit kirchlicher Bindung sollen 22,5 % der Wähler ausmachen, von denen 1965 wie 1969 70 % der CDU und 16 % der SPD (1965: 13 %) ihre Stimme gaben. Bei den *kirchlich nicht gebundenen, katholischen Wählern* verliert nach Ansicht der CDU der Faktor „Christliche Orientierung“ für die Wahlentscheidung immer mehr an Bedeutung. Mehr und mehr prägen gesellschaftliche Faktoren das Verhalten dieser Wähler. So ist wohl auch der Verlust der CDU im Mittelstand und bei der Jugend zu verstehen. Die neuen katholischen SPD-Wähler haben also ihre Entscheidung wohl am wenigsten vom Gesichtspunkt ihres Katholikseins her gefällt, sondern aus beruflichen, rein politischen oder gesellschaftlichen Motiven heraus. Wahrscheinlich läßt sich von einer Wahlentscheidung der Katholiken überhaupt nicht sprechen, man muß immer die Entscheidung *des* (je einzelnen) Katholiken in seiner bestimmten Umgebung und Prägung sehen. Zwar läßt sich noch keineswegs von einer Normalisierung auf breiter Ebene sprechen, noch ist die CDU für viele Katholiken die Stammheimat — so wie nur die SPD und keine andere Partei für manchen Arbeiter und Intellektuellen in Frage kommt. Und doch ist mit dieser Wahl der Durchbruch gelungen, man kann wählen zwischen zwei Volksparteien. Weder Konfession noch Ideologie brauchen in Zukunft eine Barriere zu bilden. Herbert Wehner glaubt, das „so schmerzlich empfundene“ Mißverhältnis zu den Kirchen sei zum Glück überwunden und die „Grundlagen für ein gutes Verhältnis seien vorhanden und in vieler Hinsicht auch praktisch erprobt“.

Die SPD wird sich also weiterhin um ein gutes Einvernehmen mit den Kirchen bemühen müssen, um „am Ball zu bleiben“. Regierungsbildung und Regierungserklärung riefen allerdings bei vielen Katholiken zwiespältige Empfindungen hervor. Nicht nur „Publik“ (24. 10. 1969) bemerkte: „Der Konfessionsproporz (bei der Kabinettsbildung), hätte es ihn gegeben, würde die Bundesrepublik als

eine einzige katholische Diaspora widerspiegeln“, sondern von seiten der großen Jubler über die neue Regierung hieß es: „Mit dem Ende der Vorherrschaft der Unionsparteien ist auch das Ende der klerikal-abendländischen und bayrisch-rheinischen Koalition gekommen.“ Die neue Mannschaft sei „geprägt von preußischer, hanseatischer und sächsischer Mentalität. Sie ist überwiegend protestantisch, ohne sich damit in konfessionellen Zwang zu begeben“ („Frankfurter Rundschau“, 23. 10. 69). Die Regierungserklärung des Bundeskanzlers bot zwar Gespräch und Partnerschaft mit den Kirchen an, für die im übrigen lobende Worte gefunden wurden, doch konnte der Oppositionssprecher doch gleich auf Widersprüche zwischen diesem Angebot und den Aussagen über die Familien- und Jugendpolitik hinweisen.

Man kann nur wünschen, daß jetzt allmählich in allen Fragen und bei der Beurteilung aller Parteien *Nüchternheit* eintritt. Die mühsam gefundene Chancengleichheit ginge nämlich wieder verloren, wenn man die eben losgewordene Diffamierung an der CDU fortsetzte. SPD als „Bekennnisbewegung“ (Wer rief nicht alles in die Welt hinaus, daß er diesmal SPD wählen werde, wer trug nicht alles den rosaroten Meinungsknopf?), das wäre vielleicht doch besser, wenn es nicht fortgesetzt wird. Wenn es wieder so weit käme, daß man nicht dokumentieren darf, CDU- oder CSU-Anhänger zu sein, dann ist dies ein böses Vorzeichen für neue Chancengleichheiten. Die CDU hat bereits zu erkennen gegeben, daß sie aus manchen Fehlern klug geworden ist, sie wird auch wissen, daß sie die fehlende automatische Unterstützung aus den kirchlichen, vor allem katholischen Milieus mehr als bisher durch eine überzeugende Sachpolitik ersetzen muß. Für die Kirchen und die Parteien ist der neue Entwicklungsstand zu begrüßen, zu feiern ist ein Wechsel erst, wenn er auch einen Rückschlag des Pendels wieder und wieder erlaubt. Will die CDU die integrierende Mitte behaupten, so wird sich die SPD ebenfalls in Zukunft mehr um diesen Kreis kümmern müssen. Die dann rechts und links freiwerdenden Kräfte bedürfen bereits heute vermehrter Aufmerksamkeit. Wie sich die heranwachsende Jugend verhalten wird, weiß noch kaum jemand. Während die Jungsozialisten soeben einen radikaleren Kurs weg vom „Godesberger Programm“ forderten, ergab eine Befragung unter Schülern, daß sich dort erneut starke Tendenzen zu „faschistoiden Ideen“ bemerkbar machen. Konfessionelle Fragen treten also wahrscheinlich zurück, wichtige politische Auseinandersetzungen dürften die Aufmerksamkeit aller beanspruchen.

## Kurzinformationen

Weniger pessimistisch und bekennd war diesmal die **traditionelle Ansprache Papst Pauls VI. an das Kardinalskollegium und die römische Prälatur** vom 15. Dezember 1969 („Osservatore Romano“, 15./16. 12. 69). Nur kurz streifte er seine Reisen nach Genf, nach Uganda, die außerordentliche römische Bischofssynode und die Meßreform (vgl. HK 23, 301, 400 477, 534, 572), um dann zu einer Interpretation der „Zeichen der Zeit“ überzugehen. Diese sei „schwierig“, da „positive“ (ein „dynamischeres Engagement der theologischen Forschung“, ein „verstärktes Bemühen um organische Gemeinschaftsbeziehungen“, ein „wachsendes Interesse an einer gemeinsam ausgeübten Religiosität“, ein „tieferes soziales Verantwortungsgefühl der Christen“) und „negative Phänomene“

zusammentreffen: „Erneuerungssucht einiger weniger“, ein „manchmal undifferenzierter Pluralismus der Ideen und Formen“, welche „die innere Harmonie der Einheit bedrohen“, eine „abnehmende persönliche Frömmigkeit“, ein Nachgeben gegenüber einer „Säkularisierungstendenz, welche alles zu entsakralisieren sucht“. Seine „großen Pflichten“ orientierte er wiederum an den „Übeln, Gefahren und Bedürfnissen“. Als spezifische Pflicht „unserer Zeit“ nannte der Papst die „Wachsamkeit“. Diese gelte vor allem „unserem vielgeliebten Klerus“, dessen „Mehrheit sich durch religiöse und moralische Tugenden“, durch „Hingabe an ihr Amt“, durch „überzeugte Treue zur Kirche“ auszeichne, der mehrheitlich „gut“, „fromm“, „treu“, „arbeitsam“, „selbstlos“ und „verständnisvoll“ sei. Jedoch be-

klagte der Papst zwei Phänomene: 1. die „Unsicherheit des Priesters über seinen Status“, welche seinen „Glauben an die Natur des Priestertums selbst“, an seine „menschliche und kirchliche Ausbildung“, seine „religiöse und apostolische Funktion“, seine „hierarchische und soziologische Stellung“ betrifft; 2. den „Abfall eines sehr kleinen, aber immer spürbareren Teils einiger Priester und Ordensleute“ von den „heiligen Verpflichtungen gegenüber Christus, der Kirche und ihrem Gewissen“. „Dieses ist unsere Dornenkrone.“ Man dürfe zwar nicht über das „Innere dieser unglücklichen Herzen urteilen“, auch wenn solche „Desertionen“ für das „Volk Gottes große Bitterkeit und großes Ärgernis“ bedeuten. Der Papst deutete hier Bemühungen römischer Stellen um Erneuerungen in der Priesterfrage an, ohne jedoch konkret zu werden. Hinsichtlich des Pflichtzölibats bekräftigte er seine „apostolische Pflicht“, das „Gesetz des heiligen Zölibats in der lateinischen Kirche in seiner unversehrten Schönheit zu bewahren“. Wie immer, ging der Papst auch auf den Frieden und die drei Konflikttherde Vorderer Orient, Vietnam und Biafra ein und bedauerte die bisherige Erfolglosigkeit seiner vielfältigen Friedensinitiativen.

Um 15 Bischöfe „aus verschiedenen Teilen der Welt“ wird das gegenwärtige Sekretariat der Römischen Bischofssynode verstärkt, das zu einem ständigen Organ ausgebaut werden soll. Ungewöhnlich schnell kam damit der Papst nach einer Meldung des Vatikanischen Pressebulletins (27.11.69) dem Wunsch der Synodalväter nach, die mit 119 Ja-Stimmen gegen vier Nein-Stimmen und 18 Vorbehalten für den Ausbau des Sekretariats gestimmt hatten (vgl. HK 23, 580). Zwölf der Bischöfe werden — brieflich — von den Mitgliedern der letzten *außerordentlichen Bischofssynode* selbst gewählt, drei sollen vom Papst ernannt werden, um eventuelle geographische Übergewichte ausgleichen zu können. Ihr Mandat gilt für die nächsten zwei Jahre bis zum Beginn der kommenden Synode. In einem Interview mit NC News Service (1. 12. 69) gab der Generalsekretär der Synode, Bischof *L. Rubin*, weitere Einzelheiten bekannt. Am 17. November 1969 richtete er ein Schreiben an alle 147 Teilnehmer der letzten Bischofssynode, in dem jener als im ersten Wahlgang als gewählt erklärt wurde, der zwei Drittel der Stimmen erhalte (74). Als Termin für die Rücksendung der Wahlzettel war Weihnachten 1969 vorgesehen. Bischof Rubin rechnete mit der ersten Plenarsitzung von „Bischöferrat“ und Sekretariat unmittelbar nach Ostern dieses Jahres. Einigen Aufschluß über die Aufgabe des Gremiums der 15 Bischöfe zum Sekretariat gibt die Aussage Rubins — sofern sie gemeint ist, wie sie formuliert wurde: „Das Sekretariat arbeitet gerade einige Richtlinien über die Art und Weise aus, in der die Mitglieder des Plenums dem Sekretariat dienlich sein werden.“ Sowohl der Papst wie die gewählten Vertreter des Episkopats würden aber wohl bei der Abfassung der Satzungen ein Wort mitreden wollen. Die kommende Bischofssynode wird nach Mitteilung des Generalsekretärs eine ordentliche Synode sein, in die jede Bischofskonferenz für 25 Bischöfe je einen Delegierten entsendet. Das neugewählte Bischofsgremium werde nach Meinung von *L. Rubin* oft in Rom tagen.

Die Frage einer eventuellen Mitgliedschaft der katholischen Kirche am Weltkirchenrat prüfte der gemeinsame Ausschuß des Weltrates und der katholischen Kirche in seiner ersten Sitzung in der ersten Dezemberhälfte in Rom (vgl. öpd, 11. 12. 69). Verhandlungspartner waren auf katholischer Seite *J. Long* vom Einheitssekretariat, *E. Lanne* (Rom) und *B. Law* (USA). Den Weltrat vertraten der anglikanische Geistliche *D. Paton* (England), *L. Vischer*, Direktor des Sekretariats für Glaube und Kirchenverfassung (Genf) sowie *N. Nissiotis*, der griechisch-orthodoxe Leiter des ökumenischen Instituts Bossey bei Genf. Dieses erste gemeinsame Gespräch sollte zunächst einmal die Frage des Mandats klären. Eine Fortsetzung der Verhandlungen ist für Mai dieses Jahres vorgesehen. Der Ausschuß wird auch einen *Zwischenbericht* für die Gemeinsame Arbeitsgruppe erstellen. Seine vorrangige Aufgabe besteht darin, die theologischen, pastoralen und administrativen Probleme zu prüfen, die

mit einem eventuellen Beitritt Roms zum Weltkirchenrat verknüpft wären. Die Bildung dieses Ausschusses hatte die gemeinsame Arbeitsgruppe bereits im Mai vergangenen Jahres angekündigt. Indessen dürften die *konkreten Aussichten* eines Beitritts Roms für absehbare Zeit nicht sehr günstig sein. Papst Paul VI. hatte selbst bei seinem Besuch in der Zentrale des Weltrates der Kirchen in Genf am 10. Juni 1969 (vgl. HK 23, 302) auf die „verwickelten theologischen und pastoralen Probleme“ hingewiesen, welche eine Mitgliedschaft mit sich bringe, und „mit allem brüderlichen Freimut“ erklärt, daß diese Frage noch nicht „in dem Maße reif sei, daß man darauf eine positive Antwort geben müsse und könne“. Vorerst seien noch „vertiefte Studien“ erforderlich und der Weg dahin könne „lang und schwierig“ sein. Er hatte auch betont, daß Voraussetzung für eine Weiterentwicklung der ökumenische Dialog und die ökumenische Zusammenarbeit auf Ortsebene sei. Immerhin hat der „lange und schwierige“ Dialog nun begonnen.

Gewisse Beschränkungen in den jugoslawischen Massenmedien scheinen in Kürze bevorzustehen. Die Parteiführung will zwar nicht zu einer strengen Kontrolle zurückkehren, aber Bestimmungen ausarbeiten, welche den „Mißbrauch“ dieser Medien vermeiden sollen (vgl. „East Europe“, 9. 12. 69). Meinungsverschiedenheiten gab es nach Andeutungen von Radio Belgrad über die Form einer solchen Kontrolle. Wenn auch die Parteiführung grundsätzlich für ein möglichst großes Maß an Pressefreiheit plädiert, so hängt sie dennoch der These an, daß es prinzipiell Aufgabe der Massenmedien sei, die Parteilinie zu unterstützen. Für diese Tendenz zur Verschärfung gibt es ganz konkrete Ursachen: 1. Die Wirtschaftskrise im Herbst vergangenen Jahres, in der viele Betriebe vorübergehend die Löhne nicht termingerecht auszahlen konnten, führte zu scharfen Kommentaren über die Mängel der Wirtschaftsplanung und, als Reaktion darauf, zum Verbot von mindestens drei Zeitungen. 2. Die offene Feindseligkeit der meisten Medien gegenüber den Staats- und Parteiführungen anderer osteuropäischer Länder beunruhigt die Partei, die wenigstens keine weitere Verschlechterung der Beziehungen wünscht (z. B. im jugoslawisch-bulgarischen Streit über den jugoslawischen Teil von Mazedonien (Bulgarien bestreitet in einer schon drei Jahre währenden Kampagne die mazedonische Nationalität der Bewohner Jugoslawisch-Mazedoniens und bezeichnet deren Sprache als bulgarischen Dialekt und ihr Gebiet als historisch bulgarischen Boden). 3. Das Verbot der literarischen Zeitschrift „Knjizevne Novine“ im September 1969, welche drei Tage vor einem „Freundschaftsbesuch“ des sowjetischen Außenministers *Gromyko* in Belgrad wiederum die *Frage der Invasion der ČSSR* aufgeworfen und damit eine „offene Provokation“ begangen hatte. An Angriffen der sowjetischen, polnischen, tschechoslowakischen und ostdeutschen Presse gegen einzelne Elemente der jugoslawischen Politik soll jedoch weiter Kritik geübt werden dürfen.

Die seit der erzwungenen Amtseinsetzung des Erzbischofs von Athen, *Hieronymos Kotsonis*, bestehenden *latenten innerhierarchischen Spannungen der griechisch-orthodoxen Kirche* sind Ende vergangenen Jahres erneut offen ausgebrochen. Scharfe Angriffe gegen den Erzbischof richteten der Metropolit von Korinth, *Panteleimon*, wie der Metropolit von Piräus, *Chrysostomos* (vgl. z. B. „Ethnos“, 20. 11. 69). *Panteleimon* bestritt die Legitimität der Wahl der Mitglieder des neuen Ständigen Synods durch die Vollversammlung der Metropoliten im März vergangenen Jahres, da nach der neuen Kirchenkonstitution (Art. 51) die Funktionen der Vollversammlung für drei Jahre ausgesetzt und dem bisherigen Synod übertragen seien (vgl. auch HK 23, 220 ff.). Daher sei der neue Ständige Synod als illegal anzusehen. *Chrysostomos* sowie fünf weitere oppositionelle Metropoliten warfen dem Erzbischof darüber hinaus Bemächtigung des Primatsitzes von Athen mit Hilfe der weltlichen Gewalt, ständige Verletzung der kirchlichen Kanones und Kollaboration mit dem Militärregime vor. *Hieronymos* setzte sich gegen diese Angriffe zur Wehr, indem er

erklärte, die Vollversammlung vom März 1969 habe die neuen Mitglieder des Ständigen Synods lediglich bezeichnet, die dann später von der Vollversammlung gewählt werden sollen. Diese selbst trat auf diese Angriffe hin zusammen und beschloß gegen Panteleimon und Chrysostomos mit Sanktionen vorzugehen, da sie Unruhe und Verwirrung in die Kirche gebracht und ihre Erklärungen ohne vorherige Zustimmung der Heiligen Synode veröffentlicht haben. Aus den Namen auch der übrigen von der Vollversammlung gemäßregelten Metropoliten ist ersichtlich, daß auch bisherige Mitarbeiter des Erzbischofs von Athen zur oppositionellen Gruppe der Metropoliten gestoßen sind, welche auf eine Abschaffung des faktischen Staatskirchentums mit enger politischer Verflechtung mit dem gegenwärtigen Regime hinarbeiten (z. B. *Nikodimos* von Nevrokop, *Timotheos* von Maroneia). Inzwischen hat jedoch auch das Gutachten der beiden Kirchenrechtler der Theologischen Fakultät Athen, *Mouratidis* und *Christophilopoulos*, die Rechtmäßigkeit der griechischen Kirchenführung verteidigt (vgl. epd, 20. 11. 69). Dennoch bleibt die Situation vorerst noch undurchsichtig. Die regierungsnahen Tageszeitung „Eleftheros Kosmos“ forderte zwar eine „totale Säuberung“ der Hierarchie, doch scheint sich die Militärregierung in diesem Punkte zunächst noch zurückzuhalten.

Nach der kommunistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei im Februar 1948 wurde die Tätigkeit katholischer Schriftsteller, Dichter und Dramatiker so stark beschränkt, daß — außer den letzten zwei, drei Jahren der Novotný-Ära, in der einige Bücher des katholischen Schriftstellers *J. Durych* erschienen sind — sie praktisch vergessen schienen. Einige gingen 1948 ins Exil, einige folgten ihnen 1968, viele wurden vor Gericht gestellt und in Schauprozessen zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Um so interessanter ist es, daß gerade in den letzten Wochen des Jahres 1969 drei katholische Kulturschaffende mit ihren Werken wieder in das Kulturbewußtsein der tschechischen und slowakischen Bevölkerung traten. So erschienen im Verlag des tschechischen Schriftstellerverbandes in einem Band drei Romane eines der größten tschechischen Romaniers der Gegenwart, *Jan Čep*. Das literarische Werk Čeps, der im französischen Exil lebt, wurde bis Januar 1968 totgeschwiegen. Auch das Erscheinen seiner Romane ist wahrscheinlich noch auf den Prager Frühling und seinen Einfluß auf das kulturelle Leben zurückzuführen. Trotzdem ist die Reaktion auf das Erscheinen der bekanntesten Romane Čeps interessant. So wurde es im Prager Rundfunk am 7. Dezember 1969 als eine Möglichkeit gewertet, Čep in „den Kontext der modernen tschechischen Literatur einzureihen“. In der Tageszeitung der Tschechoslowakischen Volkspartei wird auf seine poetische Sprache und auf die Tiefe seiner Werke hingewiesen, und Čep wird als Tschechow der tschechischen Literatur bezeichnet („Lidová demokracie“, 3. 12. 69). Zur selben Zeit erschien auch ein Buch des schon verstorbenen mährischen Dichters *Jakub Deml*, „Miriam und andere Werke“, in dem Brüner Verlag Blok. Deml, ein katholischer Geistlicher, wurde von einem der größten modernen Dichter der ČSSR, *Vítězslav Nezval*, der Kommunist war, als ein Meister des Wortes bezeichnet. In dem neuerschienenen Band ist auch Demls bekanntes Werk „Die Burg des Todes“ enthalten (Nové knihy 49/1969). Schließlich wurde im Brüner Schauspielhaus das dramatische Gedicht „Gram von Vernunft“ von *Václav Renč* uraufgeführt. Renč, ein katholischer Dichter, Übersetzer und Dramatiker, verbrachte einige Jahre im Gefängnis. Die Brüner Premiere wurde sogar vom Zentralorgan der KPČ „Rudé právo“ (2. 12. 69) als eine „Rückkehr auf die Bühne“ gefeiert. Das Problem, das Renč in seinem neuesten Spiel behandelt, ist die innere und äußere Auseinandersetzung Marco Polos nach zwanzigjähriger Abwesenheit in Venedig mit seiner Umwelt. Vieles spricht dafür, daß Renč damit auch seine Probleme nach der Entlassung aus dem Gefängnis anzusprechen sucht.

Die letzten Wochen des Jahres 1969 sind in Polen durch eine massive Initiative der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei auf dem Gebiet der Ideologie charakterisiert. Sehr aktiv betätigt

sich auf diesem Feld der intime Freund Gomulka, Politbüromitglied und Sekretär des Zentralkomitees der polnischen Kommunisten, *Z. Kliszko*. Hauptsächlich wird von den polnischen kommunistischen Ideologen der „Revisionismus“ scharf kritisiert. So betonte Kliszko auf der Beratung der Mitarbeiter des Verlagshauses für Parteiliteratur KiW, daß der Kampf gegen den einheimischen Revisionismus im vorigen Jahr besonders hart gewesen sei. Der Revisionismus sei jedoch nicht verschwunden, ebensowenig wie die Bedingungen, die ihn hervorbrächten. Nach Kliszkos Meinung wird er allzuoft durch die polnische philosophische Soziologie und Ökonomik gedacht. Auch einige Memoiren, die in der letzten Zeit erschienen sind, versuchen nach seiner Meinung, „die rechtsgerichteten Kräfte, die Großgrundbesitzer und die Bourgeoisie reinzuwaschen und zu rechtfertigen“ („Trybuna Ludu“, 30. 11. 69). Einige Tage nach dieser Veranstaltung nahm Kliszko mit einigen weiteren hohen Parteifunktionären an der Tagung der ideologischen Kommission des Zentralkomitees der PVAP teil, die wieder hauptsächlich den Problemen des Revisionismus gewidmet war, wie es die Meldung des Warschauer Rundfunks vom 10. Dezember bestätigt. So referierte auf der Tagung *W. Namiestkiewicz* über „Gegenwärtige Bedeutung der Leninschen Erfahrungen im ideologischen Kampf gegen den Revisionismus“. Mit der ideologischen „Offensive“ hängt auch die Entscheidung über das Erscheinen einer neuen Monatsschrift für Parteierziehung „Ideologia i polityka“, die in einer Auflage von 75 000 Exemplaren im Januar 1970 zum erstenmal vertrieben wird, zusammen. Der Chefredakteur der Zeitschrift, *H. Marian*, stellte die Monatsschrift auf einer Versammlung von Parteiaktivisten als ein Medium vor, das die praktische Bedeutung der Parteierziehung herausarbeiten und systematisieren soll („Trybuna Ludu“, 26. 11. 69).

Auf der diesjährigen Herbsttagung der amerikanischen Bischofskonferenz (vom 10. bis 14. November in Washington), die u. a. die Errichtung diözesaner Schiedskommissionen beschloß (vgl. ds. Heft, S. 11), stand eine Reihe wichtiger Fragen zur Bearbeitung an: Armut in Amerika, Geburtenkontrolle, der Zölibat, Vietnam, das Rassenproblem und Mitspracherecht der Priestergruppen. — Die Bischöfe riefen zu einem „Kreuzzug der Katholiken gegen die Armut“ auf, für den 50 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt werden sollen. — Die Bischofskonferenz protestierte gegen die in- und ausländischen Regierungsprogramme zur Geburtenkontrolle, die „eine Bedrohung der Privatsphäre und der Freiheit der Ehepaare“ bildeten und als „Attacken gegen das menschliche Leben selbst“ gewertet werden müßten. — Die Erklärung zur *Zölibatsfrage*, die eigentlich nicht erwartet und auch von etlichen Bischöfen nicht ungeteilt begrüßt wurde (manche Bischöfe möchten diese Fragen eher „im persönlichen Gespräch“ erörtert wissen), nannte die priesterliche Ehelosigkeit „eine Gabe Christi“ und eine „mächtige Hilfe für den priesterlichen Dienst“. — Im Zusammenhang mit der *Vietnamfrage*, zu der die Bischöfe auf ihre früheren Stellungnahmen (etwa vom Herbst 1968) verwiesen, richteten sie einen Appell zur „humaneren Behandlung der Kriegsgefangenen“ an alle kriegsführenden Staaten. — Die Errichtung einer Behörde für *katholische Neger*, die schon von der Vereinigung der Negerpriester in Amerika auf der Frühjahrskonferenz der Bischöfe gefordert worden war, wurde nun endgültig beschlossen. Sie wird spezifische Hilfsprogramme für die farbige Bevölkerung ausarbeiten und Wege zu deren Finanzierung suchen (vgl. „The National Catholic Reporter“, 19. 11. 69). — Mit dem Vorsitzenden der Vereinigung amerikanischer Priestergruppen, *P. O'Malley*, sprach erstmals ein Nicht-Bischof vor der Bischofsversammlung. Er wies auf die *Vertrauenslücke* zwischen Klerus und Episkopat hin und plädierte für engere Zusammenarbeit und Mitverantwortung mit den Bischöfen. Man solle Kommissionen schaffen, in denen alle kirchlichen Stände vertreten seien und die an wichtigen innerkirchlichen Entscheidungen teilnehmen sollen. — Außerdem beschloß die Konferenz noch die Benennung eines siebenköpfigen

Komitees, das *Bischofsernennungen* mit vorbereiten soll; ein Plan für dessen Arbeitsweise soll noch ausgearbeitet werden.

Das in Lateinamerika beständig diskutierte Thema **Geburtenregelung macht gegenwärtig in Uruguay Schlagzeilen**. Einige Vorgänge haben in der Presse des Landes die unterschiedlichsten Meinungsäußerungen hervorgerufen. So soll eine US-amerikanische Gewerkschaft einem Krankenhaus in Salto eine größere Menge Antikonceptiva zur Verteilung unter der umwohnenden Bevölkerung zur Verfügung gestellt haben. Die *uruguayische Gesellschaft für Familienplanung* will in Montevideo unter Schirmherrschaft der International Planned Parenthood Federation die erste lateinamerikanische Tagung über Sexualerziehung und Familienplanung abhalten. Gleichzeitig soll ein Forschungszentrum für Familienfragen eröffnet werden, das der christlichen Familienbewegung nahesteht. Die Medizinstudenten des Landes haben Aufklärung über die geplanten Maßnahmen zur Geburtenregelung gefordert, die medizinische Fakultät hat ein Symposium zum Thema angekündigt (Noticias Miadas, 13. 12. 69). — Die für die nächsten Wochen und Monate zu erwartenden Auseinandersetzungen müssen auch auf dem *demographischen Hintergrund* des Landes gesehen werden. Für Uruguay war das Bevölkerungswachstum noch nie ein Problem, ganz im Gegenteil, mit einer Geburtenrate von nur 1,2% im Jahr steht Uruguay an letzter Stelle in ganz Lateinamerika. Ein Land, das schätzungsweise 11 Millionen Menschen ernähren könnte, wird nur von 2,8 Millionen bewohnt, und diese Zahl ist keineswegs im Steigen begriffen. Die Regierung hat über den Gesundheitsminister *W. Ravenna* erklärt, sie strebe ein *Bevölkerungswachstum* an. Dabei spielt stets die Vorstellung eine Rolle, mit einer so niedrigen Bevölkerungszahl sei ein sozialer und wirtschaftlicher Aufstieg nicht möglich (ein Argument, das in anderen lateinamerikanischen Ländern ebenfalls häufig vertreten wird). Diesem demographischen Aspekt wird entgegengehalten, Geburtenregelung solle die Zahl der illegalen *Abtreibungen* verringern, an deren Folgen mindestens eine Frau pro Woche sterbe. Die offizielle Zahl von 150 000 Abtreibungen pro Jahr gilt als zu niedrig veranschlagt. Die katholische Zeitung „El Bien Público“ hält wiederum dieser These entgegen, es erscheine „absurd“, einem strafbaren Delikt mit „mehr oder weniger wissenschaftlichen Methoden“ beikommen zu wollen, und zwar nicht, „damit mehr Kinder geboren würden, sondern um die Formel, dies zu vermeiden, abzuändern“. Für das Frühjahr rechnet man mit Kampagnen zugunsten der Familienplanung, als deren Initiator ein ehemaliger Dekan der medizinischen Fakultät in Montevideo und Chefarzt einer bekannten, dem Gesundheitsministerium unterstehenden gynäkologischen Klinik gilt. Man erwartet eine lebhafte Auseinandersetzung, da auch Gegenkundgebungen seitens einiger Ärztevereinigungen angekündigt wurden.

Die von den Kirchen **gemeinschaftlich unterhaltene Luftbrücke nach Biafra** drohte jüngst an einer Intervention der Abteilung für Zwischenkirchliche Hilfe des Weltrates der Kirchen zu scheitern, weil, wie man schon auf der Tagung des Zentralaussschusses in Canterbury im August 1969 erkannte, diese Art *karitativer Daueraktion* von den politischen Mächten als *politische Intervention* aufgefaßt wird und zu nachteiligen Folgen für die Institution des Weltrates der Kirchen führen könnte. Auch auf der *Allafrikanischen Kirchenkonferenz* in Abidjan wurde im September 1969 das Thema erörtert und beschlossen, Anfang Dezember eine Delegation afrikanischer Kirchenmänner nach Lagos und Biafra zu entsenden, weil nur eine wirksame Friedensvermittlung, nicht aber die künstliche Verlängerung der menschenmordenden Kämpfe eine Lösung darstelle. Die Sorge vor den „politischen Nebenwirkungen“ hatte der Arbeitsausschuß für Zwischenkirchliche Hilfe in Genf am 6. Dezember 1969 in einem Kommuniqué an die Vereinigten Kirchlichen Hilfswerke übermittelt (epd, 6. 12. 69). Indessen haben diese am 8. Dezember in Oslo zur Beratung versammelten *Hilfswerke*, insgesamt 34 Organisationen (Joint Church Aid), beschlossen, die Empfehlung des Weltkirchenrates abzu-

lehnen und die Luftbrücke aufrechtzuerhalten. In einem am 10. Dezember 1969 veröffentlichten „Offenen Brief an das Schweizer Volk“ hat der Generalsekretär des Weltkirchenrates, *E. C. Blake*, zudem mit Bezug auf das Kommuniqué des Arbeitsausschusses versichert, der Weltrat habe niemals daran gedacht, die Hilfsmaßnahmen für Biafra einzustellen. Seiner Meinung nach sei es jedoch naiv, zu glauben, daß humanitäre Hilfe keine politischen Konsequenzen habe. Allerdings gab der seit der Tagung von Beirut in der Frage führende deutsche Delegierte, zugleich Leiter der Kommission „Zwischenkirchliche Hilfe, Flüchtlings- und Weltdienst“ in Genf, Präses *H. Thimme* (Bielefeld), zu bedenken, daß angesichts der brisanten welt- und wirtschaftspolitischen Konfliktsituation in Biafra eine karitative Hilfe nicht mehr genüge, sondern nach einem tragbaren politischen Kompromiß gesucht werden müsse. Die Genfer Zentrale hat jedenfalls die lokale Kommission afrikanischer Kirchen in Biafra für Zwischenkirchliche Hilfe, der die katholische Kirche nicht angehört, aufgefordert, sich nicht mehr als Organ des Ökumenischen Rates zu betätigen, weil das die Christen in Nigeria in Schwierigkeiten bringe (epd, 8. 12. 69). Man erkennt an dem fatalen Vorgang deutlich die Grenzen der Autorität der Kirchen in vitalen politischen Kämpfen.

Von einem „**offenen Konflikt zwischen Kirche und Regime**“ in Rhodesien infolge kirchlichen Protests gegen den rassistischen Verfassungsentwurf (vgl. HK 23, 355) und die vor einigen Wochen veröffentlichte Gesetzesvorlage über die Landverteilung spricht die afrikanische Agentur DIA (9. 12. 69). Nach dem eindeutigen Protest der meisten Kirchen gegen die inzwischen verabschiedete Verfassung ist dieser Konflikt nicht gerade überraschend. Gegenwärtig geht es um die *Land Tenure Bill*, die von der Regierung Smith durch die gesetzgebenden Instanzen gejagt wird. Die Kirchen haben in einer gemeinsamen Pressekonferenz ihren Standpunkt dazu dargelegt und den Entwurf scharf verurteilt (vgl. Fides-Dienst, 29. 11. 69), nach dem 240 000 Weiße künftig mehr als die Hälfte des Landes, darunter alle Städte, Industrieanlagen und festen Straßen, besitzen sollen, während sich die 5 Millionen Afrikaner die kleinere und minderwertige Hälfte aufteilen sollen (1 „Europäer“ erhält im Durchschnitt 17,5mal soviel Land wie ein Afrikaner). Die Kirchenführer sehen in diesem Gesetzentwurf mit Recht die auch der Verfassung zugrunde liegende Tendenz, das Land in zwei rassistisch getrennte Gebiete aufzuspalten, und sie bezeichnen es als absolut unvereinbar mit dem „göttlichen Auftrag“ der Kirchen, eine freie, nicht rassistisch aufgegliederte Entwicklung Rhodesiens zu unterstützen. Künftig sollen *ministerielle Genehmigungen* nötig sein, wenn jemand das Gebiet einer anderen Rasse betreten will. Die Kirchen beschuldigen die Regierung deshalb, sie führe für „gottgegebene Rechte“ staatliche Lizenzen ein. Postämter, Theater, Parkanlagen etc. sollen jeweils der andersrassischen Bevölkerungsgruppe nicht mehr zugänglich sein. In einem Treffen zwischen Kirchenvertretern und drei Ministern wurde bestätigt, daß das Regime auch den Ausschluß afrikanischer Studenten aus dem weißen Schulsystem anstrebe. Die Kirchen würden durch ein solches Gesetz in ihrer eigentlichen Seelsorgs- und Missionsarbeit wesentlich eingeschränkt. Die Befürchtung wird geäußert, die Regierung ziele sogar auf eine rassistische Trennung in den kirchlichen Gemeinden ab. Die beabsichtigten gesetzlichen Bestimmungen könnten auch auf *gottesdienstliche Räume* ausgedehnt werden, so daß selbst die Geistlichen nicht mehr über die für ihre Arbeit notwendige Bewegungsfreiheit verfügen würden. Damit wäre jede Missionsarbeit in Frage gestellt. Die Kirchen haben auch bereits zum Ausdruck gebracht, ein solches Gesetz würde ihnen „Hände und Füße binden“. — Bezeichnend für die gegenwärtige Situation ist die Verurteilung des Schweizer Missionars *M. Traber*, der in Gwelo das katholische Verlagsunternehmen Mambo-Press leitet, das gerade unter der afrikanischen Bevölkerung Anklang findet. Wegen der Veröffentlichung einer die rassistische Haltung kritisierenden Karikatur wurde er am 25. November vor sechs Monaten Haft bei Schwerarbeit, allerdings mit Bewährung, verurteilt. Traber hat inzwischen Berufung eingelegt.